

Hameln-Pyrmont - Zukunft braucht Freiheit

Für einen starken, attraktiven und handlungsfähigen Landkreis

Als Freie Demokraten treten wir zur Kreistagswahl an, um unseren Landkreis nicht nur zu verwalten, sondern ihn mutig und verantwortungsvoll für die kommenden Jahrzehnte aufzustellen. Der Landkreis Hameln-Pyrmont steht vor großen Herausforderungen: Die finanzielle Lage ist äußerst angespannt, zugleich erwarten Bürgerinnen und Bürger, Wirtschaft, Landwirtschaft, Naturschutz und kulturelles Leben zu Recht eine verlässliche Kreispolitik.

Wir wollen keinen politischen Wunschkatalog vorlegen, sondern konkrete und finanzierbare Ziele für die Aufgaben des Landkreises formulieren. Für uns gilt ein klarer Grundsatz: Der Landkreis muss seine Kernaufgaben zuverlässig erfüllen, Investitionen sinnvoll priorisieren und mit den verfügbaren Mitteln verantwortungsvoll umgehen. Kreispolitik sollte sich nicht an Ideologien orientieren, sondern pragmatisch, sachlich und transparent handeln.

Freiheit bedeutet generationengerechte Finanzen

„Der höchste Berg im Landkreis ist weder der Ith noch der Klüt“, es ist der Schuldenberg des Kreishauses. Der Landkreis Hameln-Pyrmont befindet sich in einer Schuldenspirale. Jährlich werden Millionenbeträge mehr ausgegeben als eingenommen. Sogar laufende Ausgaben wie Zinsen oder Personalkosten müssen durch neue Schulden finanziert werden. Damit steht die finanzielle Handlungsfähigkeit des Landkreises auf dem Spiel und damit auch die Erfüllung seiner Aufgaben.

Der Schuldenberg wächst weiter und kann bereits in wenigen Jahren zu einer Überschuldung führen. Das muss sich ändern. Nur mit einer klugen Finanzpolitik wird es gelingen, den Haushalt wieder ins Lot zu bringen. Das bedeutet: Wer zusätzliche Leistungen verspricht, fordert oder beschließt, muss auch erklären, wie diese finanziert werden sollen, ohne dafür neue Schulden aufzunehmen.

Obwohl die Festlegung von Gewerbe- und Grundsteuern allein in der Hand der Städte und Gemeinden liegt, hat der Landkreis als Genehmigungsbehörde und die Wirtschaftsförderung erhebliche Hebel, um den Mittelstand zu stärken. Zusätzliche Erhöhungen der Grund- oder Gewerbesteuern lehnen wir ab, da die Hebesätze bereits weit über dem Landesdurchschnitt liegen. Die finanzielle Situation muss sich vielmehr dadurch verbessern, dass es den Unternehmen im Landkreis besser geht und weitere Ansiedlungen oder Gründungen erfolgreich sind, sodass durch höhere Gewinne auch die Steuereinnahmen steigen.

Der Landkreis kann über Genehmigungen, Wirtschaftsförderung und eine investitionsfreundliche Verwaltung dazu beitragen, dass sich Unternehmen ansiedeln, Arbeitsplätze entstehen und die Steuerkraft der Städte und Gemeinden wächst. So stärken wir den gesamten Landkreis.

Gute Schulen, starke Kindergärten und lebenswerte Ortskerne brauchen finanziellen Spielraum. Deshalb lehnen wir eine weitere Erhöhung der Kreismulage zur Finanzierung freiwilliger Leistungen ab.

Daher setzen wir Freie Demokraten uns seit Jahren mit Nachdruck dafür ein, endlich einen sachgerechten Sparkurs im Haushalt einzuschlagen und mit Augenmaß verantwortungsbewusst zu wirtschaften. Der Haushalt muss regelmäßig auf den Prüfstand gestellt und jede Ausgabenposition kritisch hinterfragt werden. Denn im Haushalt schlummern weiterhin große Einsparpotenziale, die bislang nicht gehoben werden.

Teure Doppelstrukturen zwischen dem Landkreis und den Kommunen müssen beseitigt werden. In möglichst vielen Lebensbereichen sollen gemeinsame Projekte entwickelt werden. In der gesetzlich vorgeschriebenen Digitalisierung der

Verwaltungsleistungen unter Einbeziehung von KI sehen wir die Chance, ernsthaft zu prüfen, wo und wie Verwaltungsaufgaben durch Zusammenlegungen und gemeinsam genutzte Dienstleistungszentren kostengünstiger und leistungsfähiger erledigt werden können. Dieses Potenzial wollen wir konsequent einfordern. Zugleich setzen wir uns dafür ein, die Personalkosten in der Verwaltung zu begrenzen. Sie steigen von Jahr zu Jahr, daher müssen diese durch effizientere Prozesse und den gezielten Einsatz künstlicher Intelligenz gesenkt werden.

Auch der Raumbedarf ist zu überprüfen. Moderne Arbeitskonzepte bieten hier innovative Alternativen für eine bessere Nutzung von Räumlichkeiten und Arbeitszeit.

Angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen müssen wir in die Zukunft denken und nicht nur von Jahr zu Jahr planen. Wir wollen politisch festgelegte Ausgabenschwerpunkte setzen, etwa zugunsten junger Familien und Kinder sowie einer modernen Infrastruktur, die dem heimischen Gewerbe und allen Bewohnerinnen und Bewohnern dient, und diese mit einer langfristig ausgerichteten Investitionsplanung verbinden.

Zugleich müssen wir sicherstellen, dass geplante Investitionen auch tatsächlich umgesetzt werden und der Rückstand nicht weiter wächst. Kommende Generationen haben ein Recht auf finanzielle Handlungsspielräume, damit sie ihre eigenen Vorstellungen verwirklichen können – das ist vernünftige Generationengerechtigkeit.

Zusammengefasst bedeutet dies:

- Pflichtaufgaben konsequent priorisieren
- Neue freiwillige Ausgaben kritisch prüfen
- Investitionen nach Nutzen und Finanzierbarkeit bewerten
- Verschuldung dauerhaft begrenzen
- Die Kreisumlage nicht unnötig weiter erhöhen
- Einsparpotenziale konsequent prüfen und umsetzen

Freiheit braucht Bildung für alle

Bildung ist die Grundlage unserer liberalen Bürgergesellschaft. Bildung, Aus-, Fort- und Weiterbildung sichern Lebensqualität und sind Garanten für die Wettbewerbsfähigkeit des Einzelnen und der Gemeinschaft – heute und in Zukunft.

Wir fordern ein vielseitiges und zukunftsorientiertes Bildungsangebot in erreichbarer Nähe. Für den Landkreis stehen dabei insbesondere die weiterführenden Schulen, die Berufsbildenden Schulen, die Förderschulen sowie die Erwachsenenbildung im Mittelpunkt.

Moderne Schulen in gutem baulichen Zustand erleichtern Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern das Lehren und Lernen. Dazu gehört eine gute Ausstattung der kreiseigenen Schulen – allgemein und insbesondere mit Blick auf digitale Medien. Die Integration benachteiligter Kinder bleibt dabei eine Verpflichtung.

Die qualifizierte berufliche Bildung im dualen System steht aus bildungs-, wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen im Vordergrund unserer kommunalen Politik. Die Gleichwertigkeit der Bildungsangebote von Berufsbildenden Schulen und allgemeinbildenden Schulen ist deshalb besonders zu betonen.

Schulen müssen in die Lage versetzt werden, eigenständig und selbstverantwortlich zu handeln. Dazu brauchen sie pädagogische und organisatorische Freiheit, um eigenständig zu entscheiden und eigene Profile zu entwickeln. Vielfalt und Wahlmöglichkeiten stärken Qualität.

Für immer mehr Menschen ist lebenslanges Lernen berufliche wie gesellschaftliche Notwendigkeit. Darum ist die Weiter- und Erwachsenenbildung als wichtige Säule unseres Bildungswesens weiterzuentwickeln. Die Anforderungen lebenslangen Lernens erfordern eine verlässliche Unterstützung der Berufsbildenden Schulen sowie kommunaler Weiterbildungsangebote wie Volkshochschulen und freier Träger im engen Zusammenwirken mit privaten Anbietern. Einheitliche Rahmenbedingungen sind dabei eine wesentliche Voraussetzung für ein erfolgreiches Handeln der Bildungsinstitutionen.

Wir setzen uns für eine Bildungspolitik ein, die jeden Menschen entsprechend seiner individuellen Voraussetzungen fördert und fordert.

Liberale Kommunalpolitik unterstützt eine Bildungspolitik mit einem möglichst differenzierten Angebot verschiedener Schulformen. Wir fordern daher ein vielfältiges und im gesamten Landkreis aufeinander abgestimmtes Bildungsangebot.

Freiheit braucht gute Schulen

Für den Landkreis stehen bei der Schulpolitik insbesondere die Qualität, Ausstattung und Weiterentwicklung der weiterführenden Schulen, Förderschulen und berufsbildenden Schulen im Mittelpunkt.

Der Campus am Ada-Lessing-Park ist zu vollenden: Der Neubau der Heinrich-Kielhorn-Schule sowie der Elisabeth-Selbert-Schule einschließlich Sporthalle, Mensa und weiterer notwendiger Einrichtungen an diesem Standort muss zügig vorangetrieben werden. Barrierefreiheit muss bei allen baulichen Maßnahmen an Schulen im Landkreis selbstverständlich sein.

Dies muss schnell geschehen, da die bisherigen, über die gesamte Stadt verteilten Gebäude baufällig sind. Ein zentraler Standort mit allen notwendigen Einrichtungen steigert den Bildungserfolg.

Die Hochschule Weserbergland, berufsnahe Bildungsangebote und Kooperationen zwischen Schulen, Wirtschaft und Weiterbildungseinrichtungen sind wichtige Bausteine, um Fachkräfte in der Region zu halten und neue Potenziale zu erschließen. Auch Möglichkeiten spezieller Begabtenförderung an den Schulen sollen im Landkreis gestärkt werden.

Voraussetzung für den schulischen Erfolg ist der Zugang zur deutschen Sprache. Wenn Unterstützung erforderlich ist, muss der Landkreis Projekte fördern und fordern, die geeignet sind, Kinder beim Erwerb der deutschen Sprache zu unterstützen.

Eine zielgerichtete Zusammenarbeit von Landkreis und Stadt bei Fragen der Schulträgerschaft ist unerlässlich, damit die Qualität des Schulsystems stetig gesteigert werden kann. Die IT-Unterstützung für die Schulen liegt bereits in einer Hand. Die Zusammenführung der Schulträgerschaft für alle weiterführenden Schulen beim Landkreis Hameln-Pyrmont ist daher für uns der logische nächste Schritt, um eine Schulpolitik aus einem Guss zu entwickeln.

Freiheit braucht eine kinder- und familienfreundliche Politik

Der Landkreis trägt Mitverantwortung dafür, dass gute Bildungs- und Unterstützungsstrukturen für Kinder, Jugendliche und Familien im gesamten Kreisgebiet verlässlich zusammenwirken.

Wir unterstützen eine Familienpolitik im Landkreis, die gute Bildung, funktionierende Jugendhilfe und verlässliche Rahmenbedingungen für Familien zusammendenkt.

Kinder und Beruf müssen unabhängig von der Familienform nebeneinander möglich sein. Flexibilität im Beruf basiert auf flexiblen Ganztagsbetreuungsangeboten. Das muss auch für alleinerziehende Eltern funktionieren.

Freiheit muss Jugend mitmachen lassen

Unsere Gesellschaft lebt davon, dass Menschen Verantwortung übernehmen und sich einbringen. Junge Menschen wollen mitgestalten – nicht nur zusehen.

Jugendarbeit ist vorbeugende Jugendhilfe, Demokratieschule und Ort sozialer Verantwortung. Der Landkreis muss gemeinsam mit Städten, Gemeinden und freien

Trägern dafür sorgen, dass junge Menschen im gesamten Kreisgebiet verlässliche Angebote, Mitsprachemöglichkeiten und gute Entwicklungschancen haben.

Für die Kreisebene setzen wir uns insbesondere ein für:

- eine verlässliche Unterstützung der Jugendhilfe und offenen Jugendarbeit im gesamten Landkreis
- eine starke Zusammenarbeit mit freien Trägern, Vereinen und Initiativen, die Jugendarbeit vor Ort leisten
- attraktive Rahmenbedingungen für junge Familien im Landkreis
- den Erhalt der Jugendmusikschule und ihre finanzielle Unterstützung unter dem Dach der kreiseigenen Volkshochschule

Freiheit braucht Ehrenamt

Das ehrenamtliche Engagement ist eine grundlegende Säule des gesellschaftlichen Lebens. Wir unterstützen Menschen, die willens sind, sich in unserer Gesellschaft an den verschiedenen Stellen einzubringen. Ehrenamt braucht sichere Rahmenbedingungen. Dazu gehören insbesondere Versicherungsschutz, Rechtssicherheit und die Verfügbarkeit der erforderlichen Infrastruktur für Ehrenamtliche – ob im Vereins- und Sozialwesen, in der Jugendarbeit, in der Kultur oder im Sport.

Wir wollen eine Entlastung des Ehrenamtes von bürokratischen Auflagen. Weitere Leistungen der Ehrenamtskarte sollen eingeworben werden.

Der Landkreis trägt als Träger zentraler Aufgaben in Jugendhilfe, Bildung, Gesundheit und Sportförderung eine besondere Verantwortung, diese Zusammenhänge strategisch zu betrachten. Es ist zwingend notwendig, die erforderlichen Informationen zu erhalten, aufzuarbeiten und in umsetzbare und zielgerichtete Maßnahmen einfließen zu lassen. Deshalb fordern wir die Erstellung und Fortschreibung eines Familien- und Lebenslagenberichts für den gesamten Landkreis Hameln-Pyrmont.

Freiheit braucht zuverlässige Gesundheitsversorgung

Die Gesundheitsversorgung im Landkreis Hameln-Pyrmont muss wohnortnah, verlässlich und zukunftsfest organisiert sein. Mit der Gesundheitsregion Hameln-Pyrmont besteht bereits seit Jahren ein starkes Netzwerk aus Landkreis, Gesundheitsamt, Kliniken, Pflege, Kassen, Ärzteschaft und weiteren Partnern, welches gezielt an Themen wie medizinischer und pflegerischer Versorgung,

Fachkräftesicherung, Nachwuchsförderung, Digitalisierung, Geburtshilfe, psychischer Gesundheit sowie Klima und Gesundheit arbeitet. Vor diesem Hintergrund haben wir uns erfolgreich für den Erhalt der Physiotherapieausbildung in unserer Region eingesetzt. Dieser Ausbildungsweg sichert nicht nur Ausbildungsplätze, sondern leistet auch einen konkreten Beitrag gegen den Fachkräftemangel im Gesundheitswesen. Eine starke Gesundheitsversorgung braucht qualifizierte Therapeutinnen und Therapeuten und dafür müssen Ausbildungsmöglichkeiten vor Ort erhalten bleiben.

Gerade vor dem Hintergrund der Krankenhausreform und der bundesweit angespannten Finanzierungssituation braucht der Landkreis eine starke Stimme für eine stabile und leistungsfähige Krankenhauslandschaft. Wir fordern eine aktive Interessenvertretung des Landkreises gegenüber Land und Bund, damit die Krankenhausversorgung in Hameln-Pyrmont dauerhaft gesichert und notwendige Investitionen verlässlich finanziert werden.

Im ambulanten Bereich steht der Landkreis vor ähnlich großen Aufgaben. Die Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum, die Gewinnung von Nachwuchsmedizinerinnen und -medizinern sowie die bessere Vernetzung zwischen Praxen, Kliniken und digitalen Angeboten entscheiden darüber, ob medizinische Hilfe rechtzeitig und erreichbar bleibt.

Hinzu kommt der steigende Druck im Pflegebereich. Der Pflegebericht zeigt, wie stark der demografische Wandel auch in Hameln-Pyrmont auf die Versorgungsstrukturen wirkt. Gleichzeitig werden bereits heute viele pflegebedürftige Menschen zu Hause betreut. Deshalb brauchen wir starke ambulante Dienste, gute Beratung für Angehörige, verlässliche stationäre Angebote und eine Politik, die selbstbestimmtes Leben im Alter und bei Pflegebedürftigkeit aktiv unterstützt.

Unser Ziel ist eine Gesundheitsversorgung, die medizinische Qualität, gute Erreichbarkeit und menschliche Zuwendung zusammendenkt. Dazu gehören starke Kliniken, eine verlässliche haus- und fachärztliche Versorgung, moderne digitale Strukturen, wohnortnah erreichbare Apotheken, attraktive Bedingungen für Fachkräfte und ein Gesundheitswesen, das Prävention ebenso ernst nimmt wie akute Hilfe.

Wir wollen die Niederlassung von Haus- und Fachärztinnen und -ärzten, durch weniger Bürokratie, bessere kommunale Unterstützung und gezielte Nachwuchsgewinnung erleichtern.

Wir setzen uns für den Ausbau telemedizinischer Angebote und eine bessere digitale Vernetzung zwischen Praxen, Kliniken, Pflege, Therapiezentren und Gesundheitsamt ein.

Freiheit geht nicht ohne Kultur

Ohne kulturelle Freiheit verliert eine Gesellschaft an Lebendigkeit, Kreativität und Identität. Kunst und Kultur sind kein Luxus, sondern eine tragende Säule eines freien, offenen und lebendigen Gemeinwesens.

Kulturpolitik ist Auftrag, nicht Besitz der Kommune. Unsere Städte und Gemeinden sollen Orte sein, an denen Kultur wachsen kann. Aufgabe der Politik ist es, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit kulturelles Engagement sich entfalten kann nicht, Inhalte zu steuern.

Wir Liberalen unterstützen eine Kulturpolitik, die Freiheit ermöglicht, Engagement stärkt und kulturelle Vielfalt sichert.

Daraus leiten wir folgende Schwerpunkte ab:

- bürgerschaftliches Engagement stärken und eine aktive Kulturszene fördern; dafür braucht es neben öffentlicher auch private Unterstützung
- kulturelle Bildung, insbesondere Kinder- und Jugendkultur, als Schlüssel gesellschaftlicher Teilhabe verstehen und fördern
- ein vielfältiges kulturelles Angebot ermöglichen, das unterschiedliche Bevölkerungsgruppen anspricht
- die Vernetzung von Kulturorten und Institutionen in der Region stärken und Beteiligte frühzeitig in Entscheidungen über Mittel, Räume und Verfahren einbinden
- bürokratische Hürden für Vereine abbauen und Eigeninitiative stärken
- kulturelles Ehrenamt im gesamten Landkreis sichtbar machen und stärken
- Ortsräte und lokale Strukturen dort unterstützen, wo sie kulturelles Leben vor Ort tragen

Angebote des Kulturbereichs stärken die Lebensqualität, regionale Identität und die Attraktivität des Weserberglands. Kulturpolitik ist für uns daher auch eine Aufgabe des Landkreises, wenn es um regionale Kooperation, kulturelle Teilhabe und die Sicherung gewachsener Strukturen geht.

Gerade in Zeiten knapper Kassen muss Kulturpolitik klug priorisieren, darf aber die kulturelle Infrastruktur nicht kaputt kürzen, deshalb sehen wir folgende Prioritäten:

- Kultur muss für alle erreichbar sein – unabhängig von Alter, Einkommen oder Mobilität. Gerade für ältere Menschen müssen kulturelle Angebote erreichbar bleiben, damit fehlende Barrierefreiheit oder finanzielle Belastungen nicht zu kultureller Ausgrenzung führen.

- Kunsterziehung und das frühe Heranführen an kulturelle Orte stärken, um langfristig Kulturbewusstsein und Teilhabe zu fördern
- Öffentlich geförderte Kultureinrichtungen sollen für Kinder, Schülerinnen und Schüler, Auszubildende, Studierende sowie Rentnerinnen und Rentner deutlich reduzierte Eintrittspreise anbieten
- ein Kulturticket Weserbergland entwickeln, das regionale Angebote sichtbar macht und Ermäßigungen bündelt

Freiheit braucht Mobilität

Mobilität muss für alle Altersgruppen im Landkreis gewährleistet sein, um Lebensqualität zu sichern und Wegzug zu verhindern. Die Bewahrung individueller Mobilität ist gerade für einen Flächenlandkreis wie Hameln-Pyrmont von großer Bedeutung, auf den motorisierten Individualverkehr kann hier nicht verzichtet werden. Die freie Wahl des am besten geeigneten Verkehrsmittels schließt auch den ÖPNV und das Fahrrad ein, wenn diese attraktiver gemacht werden. Eine einseitige und ideologisch motivierte Benachteiligung einzelner Verkehrsmittel lehnen wir ab.

Umgehungsstraßen müssen gebaut werden. Die Südumgehung von Hameln und eine Gesamtumfahrung der Stadt sind für uns unverzichtbar, auch um die Städte und Gemeinden im Landkreis schneller zu verbinden und Fahrzeiten z.B. zwischen Emmerthal und Hess. Oldendorf zu verkürzen. Wir fordern, dass Umfahrungen der Bundesstraße in Hachmühlen, Coppenbrügge/Marienau und Groß Berkel weiter geplant werden. Sie können Ortskerne spürbar entlasten und den Verkehr flüssiger machen.

Wir Liberale setzen uns für einen konsequenten Ausbau des ÖPNV ein. Dabei soll das gesamte ÖPNV-Konzept mit dem gedeckelten Zuschuss des Landkreises auskommen. Ergänzend zur Schülerbeförderung mit Linienbussen sollen bedarfsgerechte, app-unterstützte Sammeltaxis den individuellen Mobilitätswünschen aller Altersgruppen barrierefrei entsprechen. Das muss auch spezielle Angebote für Seniorinnen und Senioren umfassen.

Wir setzen uns für zusätzliche Haltepunkte bei Bus und Bahn und eine bessere Anbindung auf der Schiene dort ein, wo dies für den Landkreis verkehrlich sinnvoll ist. Sobald dies technisch und wirtschaftlich sinnvoll ist, sollen auch autonom fahrende Busse eingesetzt werden, um insbesondere abgelegene Ortschaften besser anzubinden.

Das Radwegenetz im Landkreis soll ausgebaut und verbessert und systematisch auf Verkehrssicherheit überprüft werden. Wir wollen zusätzliche Radwege schaffen, an

stark frequentierten Strecken Reparaturstationen errichten und E-Bike-Ladestationen aufstellen.

Die Sicherheit des Weserradwegs als unserer wichtigsten Fahrradroute muss verbessert werden, zum Beispiel in Hagenohsen.

Zwischen den Gemeinden und der Stadt Hameln streben wir neben touristischen und freizeitorientierten Radwegen auch ein sternförmiges Netz von Fahrradschnellstraßen an, das direkte und zügige Verbindungen für Alltags- und Pendelverkehr schafft.

Freiheit braucht ein Zuhause

Bezahlbares Wohnen und neue Bauflächen sind für die Entwicklung des Landkreises von großer Bedeutung. Der Landkreis soll seine regionalplanerischen und koordinierenden Möglichkeiten nutzen, damit Wohnraum entsteht, junge Familien Perspektiven vor Ort finden und kommunale Planungen nicht unnötig erschwert werden.

Neue Baugebiete brauchen Glasfaseranschlüsse und eine gute Verkehrsanbindung, auch an den ÖPNV. Der Landkreis soll durch Regionalplanung, Genehmigungen und Infrastrukturpolitik dazu beitragen, dass Wachstum dort möglich wird, wo es sinnvoll und nachhaltig ist. Die Kreissiedlungsgesellschaft soll die speziellen Bedürfnisse der Menschen in ihren individuellen Lebenslagen besser berücksichtigen und Angebote schaffen, die den Bedürfnissen von Familien, Senioren und Alleinlebenden Rechnung tragen. Durch derart gezielte Wohnraumentwicklungsprojekte wird die Attraktivität der Kommunen gestärkt.

Durch den Wandel der Arbeitswelt zu mehr Homeoffice und mobiler Arbeit ergeben sich neue Chancen für Hameln-Pyrmont, die wir nutzen müssen. Durch den weiteren Ausbau des Glasfasernetzes können wir mehr Menschen für unsere Region gewinnen, die günstig und naturnah leben und modern und vernetzt arbeiten möchten. Das stärkt unseren Landkreis!

Freiheit braucht Umwelt- und Klimapolitik

Wir setzen uns für Realismus und Machbarkeit statt Ideologie beim Klimaschutz ein. Alle Maßnahmen müssen in ihrem Nutzen und ihren Kosten gegeneinander abgewogen werden.

Angesichts der angespannten Finanzlage unserer Kommunen können wir uns teure Symbolpolitik ohne messbare Effekte nicht leisten. Insbesondere lehnen wir es ab,

dass Kommunen auf Schuldenbasis Förderprogramme auflegen, für die eigentlich Bund und Land zuständig sind. Diese verfügen mit Förderbanken über die geeigneteren Instrumente, während die Kommunen ihr vorhandenes Personal- und Budget damit zusätzlich belasten würden.

Ebenso sehen wir es nicht als Aufgabe der Kommunen an, sich an Klimainvestitionen außerhalb unseres Landkreises zu beteiligen. Stattdessen müssen die eingesetzten Mittel vorrangig in eigene Gebäude und Anlagen investiert werden, damit der wirtschaftliche Nutzen bei den Kommunen bleibt.

Umweltschutz darf nicht allein auf das Thema Klima reduziert werden. Photovoltaikanlagen auf öffentlichen Gebäuden sollen dort installiert werden, wo dies wirtschaftlich sinnvoll ist. So kann kommunaler Strom auch für einen schrittweise elektrifizierten Fuhrpark genutzt werden, und die Wertschöpfung bleibt vor Ort. Photovoltaik-Großprojekte auf landwirtschaftlich wertvollen Flächen lehnen wir ab, da die Netzinfrastuktur schon heute an ihre Grenzen stößt. Gleiches gilt für weitere Windkraftanlagen. Eine freiwillige Übererfüllung vorgeschriebener Flächenausweisungen lehnen wir strikt ab. Dies würde auch eine übergeordnete Planung der Energie- und Netzinfrastuktur unterlaufen.

Naherholung und Naturerlebnis sind wichtige Standortfaktoren für den Landkreis. Deshalb wollen wir insbesondere die Naherholungsmöglichkeiten verbessern, den Naturpark Weserbergland besser erschließen und Projekte zur Steigerung des Naturerlebnisses unterstützen.

Eine funktionierende und bezahlbare Abfallentsorgung gehört zur kommunalen Daseinsvorsorge. Wir setzen uns für stabile Gebühren und zuverlässig funktionierende Entsorgungsleistungen ein.

Die bisherige Struktur der Alttextilsammlung im Landkreis Hameln-Pyrmont wurde mit Entfernung der Altkleidersammelcontainer beendet. Die Entscheidung, Container aus dem öffentlichen Raum zu entfernen, führt faktisch zu deutlich limitierten Entsorgungsmöglichkeiten für Bürgerinnen und Bürger, insbesondere bei eingeschränkten Transportmöglichkeiten.

Gleichzeitig gilt seit 2025 die EU-weite Verpflichtung zur getrennten Sammlung von Alttextilien, zusätzlich wird derzeit das Textilgesetz erarbeitet, welches eine Grundlage für die Finanzierung der Entsorgung von Alttextilien legen soll.

Ohne ein praktikables und bürgernahes Angebot landen Textilien vermehrt im Restmüll oder illegal im öffentlichen Raum. Hier muss der Landkreis bürgerfreundliche Entsorgungsmöglichkeiten schaffen. Zielstellung ist hierbei nicht die Rückkehr zu den bislang genutzten Altkleider-Containern, sondern ein kontrolliertes Abholssystem, welches Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger

schaft, illegale Entsorgung reduziert, die kommunale Reinigungs- und Kontrollkosten senkt und dabei die gesetzlichen Vorgaben effizient erfüllt.

Freiheit in Land- und Forstwirtschaft, Jagd und Naturschutz

Die FDP Hameln-Pyrmont bekennt sich zur unternehmerischen Landwirtschaft als Grundlage einer sicheren regionalen Lebensmittelversorgung. Unsere Landwirtschaft liefert Lebensmittel, sichert Arbeitsplätze und prägt unsere Kulturlandschaft. Landwirtinnen und Landwirte stehen unter erheblichem gesellschaftlichem und bürokratischem Druck. Zusätzliche unverhältnismäßige Auflagen lehnen wir ab und setzen uns für unbürokratische, verhältnismäßige Genehmigungsverfahren ein, damit kleinere als auch größere landwirtschaftliche Betriebe handlungsfähig bleiben. Wir sehen die Landwirtschaft in erster Linie in ihrer Verantwortung für eine zuverlässige, wirtschaftliche und nachhaltige Nahrungsmittelproduktion. Sie ist nicht der Sündenbock für gesellschaftliche oder politische Versäumnisse. Natur- und Artenschutz müssen ganzheitlich und praxisnah gedacht werden.

Gewässerschutz, Biodiversität und stabile Lebensräume sind lokale Herausforderungen, die nur gemeinsam von Landwirten, Naturschützern, Behörden und Bevölkerung gelöst werden können. Dabei setzen wir auf wissenschaftlich fundierte Maßnahmen, moderne Technik und digitale Innovationen, die Ertragssicherheit mit Umwelt- und Artenschutz verbinden. Praktische Lösungen unterstützen wir ausdrücklich. Land- und Forstwirte, Jäger und Angler leben Umwelt- und Artenschutz, arbeiten täglich mit der Natur und verdienen Anerkennung und Wertschätzung. Wir setzen uns für die Abschaffung der Jagdsteuer und der Hundesteuer für Jagdhunde ein.

Konflikte zwischen Artenschutz und landwirtschaftlicher Nutzung – etwa beim Biber- und Wolfsmanagement – müssen gemeinsam und praxisorientiert zum Schutz von Menschen, Haus- und Weidetieren und unserer Kulturlandschaft und Natur gelöst werden. Das Prinzip der Nachhaltigkeit in der Forstwirtschaft, wie im Hamelner Stadtforst praktiziert, findet ebenfalls unsere Unterstützung. Eigentumseingriffe und pauschale Verbote lehnen wir ab.

Freiheit braucht Sicherheit

Der Landkreis Hameln-Pyrmont trägt Verantwortung für den Katastrophenschutz, den Rettungsdienst, die Feuerwehren sowie für die Vorbereitung auf Krisen- und Großschadenslagen. Die aktuelle Situation erfordert auch in unserem Landkreis

Maßnahmen um im Krisenfall handlungsfähig und gut aufgestellt zu sein. Dabei sind die möglichen Bedrohungslagen vielfältig und reichen von den Folgen der zunehmenden Extremwetterereignisse, möglicher Stromausfälle, wachsender Cyberrisiken und der angespannten sicherheitspolitischen Lage in Europa.

Man kann nur gezielt handeln, wenn man sich der aktuellen Lage bewusst ist, deshalb wollen wir einen regelmäßigen Bericht zur Sicherheits- und Krisenvorsorge im Landkreis etablieren. Ziel ist die Darstellung von Risiken, Handlungsbedarfe und der jeweilige Stand der Vorsorgemaßnahmen.

Es muss sichergestellt werden, dass die Bevölkerung in Krisensituationen flächendeckend erreicht werden kann - weshalb unser besonderes Augenmerk auf der kontinuierlichen Verbesserung der Warninfrastruktur und der Weiterentwicklung von Informations- und Warnkonzepten für den Ernstfall liegt.

Ein kommunal übergreifender kooperativer Feuerwehrbedarfsplan für das Gebiet des Landkreises ist erforderlich. Dieser muss zügig und sorgfältig erstellt werden.

Das Wichtigste zum Schluss - Freiheit braucht Wohlstand

Politik muss für Wachstum im Landkreis, Städten und Gemeinden sorgen. Wenn es der Wirtschaft und den Unternehmen hier gut geht, geht es uns allen gut. Das ist unser wichtigstes Ziel.

Die Wirtschaft bildet die Grundlage für den Wohlstand, sie schafft Arbeitsplätze, stärkt die kommunale Handlungsfähigkeit und verbessert die Zukunftsperspektiven in unserem Landkreis. Ziel muss es sein, die im Landkreis bereits bestehenden Strukturen der Wirtschaftsförderung, die Angebote für Existenzgründungen sowie Informationen zu Fördermöglichkeiten und Gewerbeflächen praxisnah weiterzuentwickeln. Dabei muss der besondere Fokus auf die Bedürfnisse von Handwerk, Mittelstand und Startups gelegt werden.

In diesem Zusammenhang ist eine serviceorientierte Verwaltung mit möglichst zügigen und transparenten Verfahren von wesentlicher Bedeutung.

Zusätzlich muss der Abbau vermeidbarer und kräftebindender Bürokratie sowie die weitere Digitalisierung von Verwaltungsabläufen vorangetrieben werden. Wir wollen den Ausbau eines KI-gestützten Auftragsmanagements vorantreiben.